Abendausgabe

Nr. 529 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 262

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
9. November 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Reichsrat und Erwerbslosenverordnung.

Die Verordnung der Regierung angenommen. – Heute Fortsetzung der Reichstagsdebatte.

Der Reichsrat hat heute in zwei Lesungen der Verordnung der Reichsregierung über die Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge zugestimmt.

Die Verordnung der Reichsregierung, die die Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 10 resp. 15 Proz. erhöht, hat damit Gesetzeskraft erlangt.

Der Reichstag wird heute in seiner Plenarsitzung über die weiteren Bestimmungen zur Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge beraten und zugleich zur Verordnung der Reichsregierung Stellung nehmen.

•

Das Manöver der Deutschnationalen auf dem Rücken der Erwerbslosen hat die Notwendigkeit gezeigt, die deutschnationale Taktik mit wacher Aufmerksamkeit zu verfolgen, ebenso aber auch die Notwendigkeit, daß die Regierungsparteien sich ihrer Verantwortung gegenüber den ernsten sozialpolitischen Problemen in der Wirtschaftskrise bewußt werden.

Es geht nicht an, daß sie jede ernste Forderung der Arbeiterschaft als „egoistische Parteipolitik" beiseite zu schieben suchen. Heute morgen schreibt die „Germania" über die Vorgänge im Reichstag:

„Die egoistische Parteipolitik, die im Ausschuß ihre Rolle spielte, hat auch gestern wieder über den verantwortungsbewußten Staatsbürger gesiegt bei den Sozialdemokraten und mehr noch bei den Deutschnationalen, die die überaus ernste Frage ganz offen nur für parteipolitische Schachzüge mißbraucht haben."

„Die Regierung hat, nachdem die Regierungsparteien in der gestrigen Abstimmung in eine wenig erquickliche Lage geraten waren, durch ihre Haltung gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, sich die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. Etwas anderes zu tun, bliebe ihr nicht übrig, wenn sie auf die Wahrung ihrer Autorität bedacht sein will. Es ist durchaus gutzuheißen, daß sie den Weg der Verordnung beschritten hat."

Gegenüber dieser Meinungsäußerung müssen zwei Dinge mit allem Ernst festgestellt werden.

Erstens: die Forderung der Sozialdemokratie ist gestellt worden, um den Erwerbslosen zu helfen, nicht um der Sozialdemokratischen Partei willen. Sie ist gestellt worden, nachdem die Frage geprüft worden ist, ob die Erfüllung dieser Forderung angesichts der Lage der Reichsfinanzen erträglich sei. Ihre Erfüllung fordert allerdings, daß nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch die Finanzpolitik der Regierung von mehr sozialem Verantwortungsbewußtsein getragen wird. Ein staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein, das die soziale Verantwortung beiseite schiebt, ist ein Unding!

Zweitens: Die Regierung hat in allen Erwerbslosenfragen noch niemals die Führung in der Hand gehabt. Sie mußte zu den notwendigsten Verbesserungen mühselig gedrängt werden. Ihre Zugeständnisse sind nur das Ergebnis ernster sozialdemokratischer Forderungen. Man poche nicht auf Autorität, wo es sich nur um mangelnde Einsicht handelt, daß die Zugeständnisse an berechtigte Forderungen hinter dem zurückbleiben, was angesichts der Not der Erwerbslosen und der Lage der Finanzen billig erwartet werden darf.

In der Beurteilung des deutschnationalen Manövers und seiner Zweckbestimmung ist die Presse der Regierungsparteien einig.

Der Widerspruch zwischen dem deutschnationalen Manöver und dem, was die Deutschnationalen in der Erwerbslosenfrage wollen, ist so kraß, daß er die „Tägliche Rundschau" zu folgenden Vorhaltungen an die Deutschnationalen veranlaßt hat:

„Man sollte doch nicht von dem Grundsatz abweichen, daß man eine Partei nach ihrer Abstimmung zu beurteilen hat. Die Deutschnationalen haben für eine 20- bis 30prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge gestimmt. Was sollen wohl die Vertreter der Wirtschaft zu dieser Haltung sagen, und wie können die Industrievertreter, die in der deutschnationalen Fraktion sitzen, es rechtfertigen, daß ein derartiges Spiel mit einer ernsten Frage getrieben wird?"

Das Spiel soll fortgesetzt werden. Man liest im „Lokal-Anzeiger":

„und wenn die Deutschnationalen gehofft haben sollten — sie werden aber wohl nicht —, mit dem ersten Stoß durchzubrechen, dann hätten sie die Rechnung ohne den Marx gemacht. Für die Beurteilung ihrer gestrigen Aktion, für die politische Auswirkung, für das Geschick der deutschen Wirtschaft wird alles davon abhängen, ob die Deutschnationalen ihre gestrige Taktik unbeirrt und folgerichtig weiterführen werden. Schließlich gibt es ja auch noch Probleme zu lösen, für die der pfiffige Weg der Parlamentsausschaltung nicht gangbar ist. Zum Beispiel die Frage der Arbeitszeit. Hier verlangen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Gewerkschaften die gesetzliche Festlegung des schematischen, lückenlosen Achtstundentages. Jeder weiß, daß ein solches Gesetz die spärlichen Anfänge zur Neugenesung unserer Wirtschaft zerschlagen, die ganze, mühevoll eingeleitete, klug durchdachte und allein Zukunftsmöglichkeiten des Gedeihens bergende Rationalisierung rückwärts revidieren würde. Es geht in dieser Frage um nicht mehr und nicht weniger als darum, ob das Deutsche Reich um des Agitationsbedürfnisses der Marxisten willen dem wirtschaftlichen Bankrott entgegengesteuert werden soll oder nicht. Da wird kein Mundspitzen helfen — pfeifen wird man müssen. Selbst das Kabinett Marx, das derartigen melodischen Betätigungen so eifervoll ausweicht, wird um diese Notwendigkeit nicht vorbeikommen."

Der Achtstundentag ist der Bankerott der Wirtschaft — also stimmen die Deutschnationalen dafür. So die Logik des deutschationalen Manövers, die der „Lokal-Anzeiger" folgerichtig weiter entwickelt.

Der Zweck der Uebung ist klar: die Regierung Marx soll an die Deutschnationalen gefesselt werden, wenn schon die Regierungssehnsucht der Deutschnationalen nicht gestillt wird. Sie soll gefesselt werden, damit alle berechtigten Arbeiterforderungen: Hilfe den Erwerbslosen, Achtstundentag, schroff und scharfmacherisch abgelehnt werden. Die Deutschnationalen wollen für sozialdemokratische Forderungen stimmen, um ihre Erfüllung zu verhindern.

Diese Taktik ist eine Spekulation auf die mangelnde soziale Einsicht der Regierungsparteien. Es ist die stillschweigende Voraussetzung der Deutschnationalen, daß die Regierungsparteien lieber mit den Deutschnationalen reaktionäre soziale Katastrophenpolitik treiben wollten, als Zugeständnisse an berechtigte Arbeiterforderungen zu machen, die soziale und staatspolitische Notwendigkeiten sind.

Diese merkwürdige deutschnationale Voraussetzung sollte den Regierungsparteien zu denken geben.

Das Arbeitszeitgesetz.

Beratung der Regierung mit den Unternehmern.

Auf Wunsch der Unternehmerverbände haben sich die zuständigen Mitglieder der Reichsregierung zu einer Beratung mit den Unternehmern über das Arbeitszeitgesetz heute mittag beim Reichskanzler zusammengefunden. Es nehmen daran teil: die Reichsminister für Arbeit, Wirtschaft, Post, Ernährung und Verkehrswesen sowie Vertreter des Groß- und Einzelhandels, des Reichsverbandes der Industrie, der Arbeitgeberverbände und der Landwirtschaft. Nach Schluß dieser Sitzung soll eine Mitteilung an die Oeffentlichkeit herauskommen.

Orden und Titel.

Sorgen der Reichsregierung.

Hohe Reichsbehörden empfinden es als unbefriedigend, daß die Reichsverfassung die Verleihung von Orden und von solchen Titeln verbietet, die anderes als bloße Berufsbezeichnungen sind. Dadurch sei es zum Beispiel nicht möglich, die Tätigkeit deutscher Pioniere, die sich im Ausland auf wissenschaftlichem Gebiet verdient machen, durch Verleihung eines Titels zu belohnen. Der Reichstag hat seinerzeit durch eine Entschließung die Reichsregierung zu einer Erwägung dieser „Frage" aufgefordert, aber bis jetzt liegt ein Entschluß des Reichsinnenministeriums oder des Reichspräsidenten über die Aufrollung dieser Frage nicht vor.

Das Reichskabinett aber fühlt sich genötigt, sich doch bald mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, schon deshalb, weil „Meinungsverschiedenheiten" mit Bayern bestehen. Dort werden nämlich Titel verliehen wie in den schönsten Kinizeiten. Auch muß die Verleihung der Rettungsmedaille und der Roten-Kreuz-Medaille irgendwie neu geregelt werden. So tönt es vom hohen Olymp herab ausgerechnet am Revolutionstage. Hat die Regierung wirklich keine andere Sorgen?

Frankreich und Mussolini.

Aus dem Lande des Faschistenschreckens.

Paris, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der italienische Botschafter hatte am Montag abend eine längere Besprechung mit Briand, über die jedoch größtes Stillschweigen bewahrt wird. Amtlich wird lediglich erklärt, daß der italienische Botschafter um eine Aussprache nachgesucht habe, und daß andererseits dem französischen Botschafter in Rom neue Instruktionen übermittelt worden sind.

Der „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß binnen kurzem eine italienische Note im französischen Auswärtigen Amt eintreffen wird, in der Mussolini alle Maßnahmen auseinandersetzt, die er zu ergreifen gedenkt, um die Faschisten zu bestrafen, die an den Zwischenfällen von Ventimiglia und in Tripolis beteiligt waren, und um gleichzeitig alle ähnlichen Kundgebungen des extremen Faschismus in Zukunft zu verhindern. So soll Mussolini, wie das Blatt weiter meldet, beabsichtigen, eine Aufforderung an die gesamte italienische Presse zu erlassen, in der diese aufgefordert wird, Frankreich gegenüber auf alle Polemiken zu verzichten und in Zukunft nur in höflichem Tone von Frankreich zu sprechen. Das Blatt fügt hinzu, diese Maßregel sei an sich begrüßenswert, man würde es aber in Frankreich gerne sehen, wenn Mussolini auch die Faschisten und die Mitglieder der faschistischen Miliz auf die Gefahren hinweisen würde, die die Fortsetzung der franzosenfeindlichen Kundgebungen mit sich brächten. Es sei immerhin zu bedenken, daß der Rücktritt des Innenministers Federzoni einen Sieg der extremen Elemente im Faschismus bedeute, und daß dieser Sieg noch allerlei Ueberraschungen bringen könnte.

Ein Faschistenprozeß in Genf.

Genf, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Polizeigericht verhandelte gegen den Anarchisten Tronchet, der an der internationalen sozialdemokratischen Matteotti-Gedenkfeier einen Schreckschuß gegen krawallierende Faschisten abgefeuert hatte. Der Verteidiger Tronchets, Genosse Dr. Dicker, bezeichnete das Verhalten der an dem Zusammenstoß beteiligten faschistischen Mitglieder der italienischen Delegation zur Arbeitskonferenz sowie der italienischen Beamten des Völkerbundssekretariats und des Internationalen Arbeitsamts als flegelhaft. Den Gerichtspräsidenten veranlaßte das zu einem Ordnungsruf, der im Zuschauerraum mit Protestrufen aufgenommen wurde. Infolgedessen wurde der Saal geräumt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Urteil wird in acht Tagen gefällt.

Faschistische Tobsucht. — Polizei als Straßenkehrer.

Ein aus Treviso, einer Kreishauptstadt 30 Kilometer nördlich von Venedig, zurückgekehrter Reisender, berichtet uns: Am 2. November wurde in Treviso gehaust, wie ich es noch nicht miterlebt habe. Ich ging in Treviso am Marktplatz entlang. Da sah ich faschistische Ansammlungen. Junge Bengels von 16 bis 20 Jahren bekamen vom faschistischen Oberhaupt ihre Befehle. Darauf zogen die einzelnen Gruppen los. Aus Neugierde lief ich mit und sah mit eigenen Augen folgendes: Vor dem Bureau eines Rechtsanwalts — er hat demokratische Ansichten, wie ich später erfuhr — machte die eine Gruppe Halt. Ungefähr fünf Mann drangen mit Knüppeln versehen in das Bureau ein. Ich hörte, wie die Türen und Fenster zertrümmert wurden. Sämtliche Sachen, Möbel, Schreibmaschinen usw. wurden auf die Straße geschleudert. Die draußen gebliebenen Faschisten zerschlugen alles und warfen die Trümmer auf den Bürgersteig und Fahrdamm. Inzwischen war die Polizei gekommen, etwa fünfzig Mann. Ich habe nie solch trostlose Kerle gesehen wie diese. Sie standen herum und ließen die Bengel die Möbel demolieren. Als kein Stück mehr heil war, zog die Bande ab. Als sie fort war, wurde mir erst klar, wozu die Polizei da war. Sie kehrte die Straße sauber und zog dann wieder ab. In einer Nebenstraße hörte ich bald denselben Radau. Dort gab es die gleiche Bescherung. So haben sie hier in Treviso an 22 Stellen gehaust. Am gemeinsten war es, eine hiesige Klinik auszurauben. Die Kranken wurden in ein anderes Krankenhaus geschafft und die Klinik zertrümmert. . . Machte ein Deutscher auf Mussolini ein Attentat, dann wären die Deutschen hier geliefert.

Das Ausspeifen Bodreros in Wien.

Wien, 9. November. (EP.) Der italienische Gesandte erschien im Auswärtigen Amt beim Generalsekretär wegen der Zwischenfälle bei dem Vortrag des Professors Bodrero. Der Gesandte erklärte, daß er seiner Regierung über diese Zwischenfälle berichten müsse. (Er war mit anderen Oberfaschisten Zeuge dieser Zwischenfälle. Red. d. V.)

Cramon, der Einzige.

Er will seinen Wilhelm wieder haben.

Vor kurzem hat die „Tägliche Rundschau" festgestellt, daß in Deutschland kein monarchisch Denkender vorhanden sei, der ausgerechnet Wilhelm II. als Kaiser wiederhaben wolle. Der Mann sei erledigt.

Auf diese Feststellung eines rechtsstehenden Blattes hat, soweit wir sahen, kein Monarchist mit einem Protest geantwortet und versichert, daß er seinen Wilhelm auf jeden Fall wiederhaben wolle. Nur der Domprediger Doehring erklärte als Mitherausgeber des Blattes, daß er für seine Person die Bemerkung der „Tägl. Rundschau" nicht billigen könne. Aber daß er persönlich die Wiederkehr Wilhelms II. als Kaiser wünsche, hat auch Doehring nicht gesagt.

Jetzt endlich meldet sich aber einer der Getreuen: der Generalleutnant a. D. von Cramon, während des Kriegs Vertreter des Kaisers bei der österreichischen Heeresleitung. Er bespricht in der „Kreuzzeitung mit Gott für König und Vaterland" das weitschichtige Thema „Die monarchische Frage in Deutschland". Dabei kommt er zu dem komischen Schluß, es sei „heiligste Pflicht des deutschen Volkes, Wilhelm II. zum mindesten die Krone wieder anzubieten". Ob er sie dann annähme oder zugunsten seiner Nachkommen verzichte, sei seine Sache!

Cramon, der einzige unter den Getreuen, rechnet also im stillen auch damit, daß Wilhelm der Unmögliche huldvollst verzichten möchte, damit der zeitfreiwillige Leutnant der republikanischen Reichswehr, Wilhelms Enkel, die Krone übernehmen könnte. Das sind zwar Trauben, aber sehr hoch hängende und darum recht sauer.

Um sie schmackhaft zu machen, läßt Cramon sogar diesen Satz in seine langatmige Betrachtung einfließen:

> Wir sind kürzlich in den Völkerbund eingetreten; ihm würde sich auch kein zukünftiger Monarch entziehen können, und gerade unsere Mitgliedschaft in dieser Friedensgemeinschaft kann ja zeigen, daß auch ein monarchisches Deutschland nicht den Krieg, sondern den Frieden will und bereit ist, mit den übrigen Mächten darüber zu wachen, daß er nicht gestört werde.

Wie kommt Cramon-Saul unter die deutschnationalen Propheten der „Kreuzzeitung"? Seit wann ist denn die Vorliebe für den Völkerbund und die Wahrung des Friedens Sache der Deutschnationalen? Sind denn alle ihre schönen Phrasen von „Machtpolitik", von „Wehrbereitschaft" nie gesprochen worden? Haben sie nicht gegen den Eintritt in de Völkerbund geschrieben, geredet und gestimmt? Haben sie nicht die Völkerbundsanhänger in Deutschland beschimpft und verleumdet, sie als „Landesverräter" hingestellt? Ja, aber das braucht der alte Cramon nicht zu wissen. Er will der Einzige sein!

Methode Knoll.

Ein verfrühter Silvesterscherz.

Genosse Kuttner schreibt uns: Durch eine Korrespondenz gibt der deutschnationale Spionageagent Knoll bekannt, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen mich Strafanzeige wegen Hehlerei, gegen die Rechtsanwälte Werthauer und Pröll wegen Verleitung zu falschen eidesstattlichen Erklärungen erstattet hat.

Durch diese Nachricht bin ich wie vom Schlage gerührt — weil ich mir ein humoristisches Genie von solchem Ausmaßen bisher für „Lachen links" habe entgehen lassen! Meine Hehlerei erblickt Herr Knoll nämlich daran, daß ich ihn und seinen Busenfreund Kußmann schwer belastendes Material zwar nicht an mich gebracht, aber am gleichen Tage, wo ich es von dritter Seite erhielt, den Strafverfolgungsbehörden zugeleitet habe, wie das ja die typische Art der Hehler ist!

Was die Anschuldigungen gegen die Rechtsanwälte Werthauer und Pröll anbetrifft, so beziehen sie sich offenbar auf die eidesstattliche Erklärung, die Herr Breithaupt vor Herrn Rechtsanwalt Pröll — von diesem eindringlich zur Wahrheit ermahnt — (Herr Werthauer hat meines Wissens überhaupt nichts mit der Sache zu tun) abgegeben und später als angeblich falsch widerrufen hat. Diesen Widerruf hat Herr Breithaupt losgelassen, nachdem rechtsstehende Kreise die Garantie für seinen weiteren Lebensunterhalt übernommen hatten. So ist mir z. B. bekannt, daß Breithaupt kurze Zeit nach seinem Widerruf von der deutschnationalen „Börsenzeitung" (Chefredakteur Oestreich) als Mitarbeiter beschäftigt wurde. Herr Kußmann hat als Zeuge im Preußischen Untersuchungsausschuß auf die Frage des Abg. Ruschke (Dem.), ob Breithaupt für den Widerruf seiner eidesstattlichen Versicherung Bezahlung empfangen hätte, nur mit verlegenem Lächeln zu antworten gewußt: „Direkt nicht." Also indirekt! Das genügt wohl, um Herrn Breithaupts Widerruf zu charakterisieren.

Herrn Knolls Strafanzeige entspricht dem Sensationsbedürfnis und der humoristischen Begabung des Herrn. Sie wird aber wohl das Schicksal so vieler deutschnationaler Strafanzeigen teilen, die mit großem Geschrei in der Oeffentlichkeit angekündigt wurden, von denen aber später kein Lied, kein Heldenbuch mehr meldete. . .

Die Partei der Spalter.

Wer wird der nächste sein?

Die Frisierung des Berichtes über die Verhandlungen des kommunistischen Zentralkomitees hat diesmal ziemliche Zeit in Anspruch genommen. Auf die Mitteilungen des „Vorwärts" von dem vollzogenen Ausschluß der Oppositionsführer Urbahns, Scholem und Schwan antwortet die „Rote Fahne" mit der üblichen Schimpferei. Erst heute bringt sie einen längeren Bericht der im wesentlichen aus den bei den Verhandlungen gewechselten diplomatischen Noten beider Parteien bestehen. Im übrigen ist die Melodie die alte:

> „Urbahns, Scholem und Schwan haben die Partei mit derselben Erklärung verlassen, wie sie vor ihnen von vielen abgegeben wurde, die sich später als offene Feinde der Partei entlarvt haben.
>
> Die Kommunistische Internationale hat ihr Urteil über Ruth Fischer und Maslow gesprochen. Sie wird ihr Urteil auch über Scholem, Schwan und Urbahns sprechen.
>
> Die Partei aber wird vorwärts marschieren auf dem Wege zur Eroberung der breiten Masse, zur revolutionären Konsolidierung, zum Zusammenschluß aller Kräfte des Proletariats gegen den Klassenfeind!"

Es wird kein Vierteljahr vergehen und auf Urbahns und Scholem werden andere folgen. Der „Zusammenschluß aller Kräfte" wird zunächst nur eine weitere Verschärfung des Kampfes innerhalb der kommunistischen Bewegung sein.

Ein völkischer Schimpfbold.

Nachspiel zu den letzten Stadtverordnetenwahlen.

Das Erweiterte Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Crohne hatte sich heute mit einem Nachspiel zu den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen im September v. J. zu beschäftigen, und zwar mit der Anklage gegen den früheren deutschvölkischen Abgeordneten Fahrenhorst, sich durch Herabwürdigung des Ministerpräsidenten Braun, des Ministers Severing sowie der Reichsfarben des Vergehens gegen § 8 Abs. 1 und 2 des Republikschutzgesetzes schuldig gemacht zu haben.

In jenem Wahlkampf hatte Fahrenhorst in zwei Charlottenburger Versammlungen der Deutschvölkischen Freiheitspartei das Wort ergriffen, und zwar soll er auf Grund der Berichte der überwachenden Kriminalbeamten dabei unter deutlicher Bezugnahme auf Braun und Severing von den „Obergenossen und Verbrechern von 1918", von den Polizeispitzeln der „Verbrecherregierung Severings" gesprochen und sich ferner abfällig über die Regierung der Farben „Schwarz-rot-Kinderdr..." geäußert haben. Vom Ministerpräsident Braun soll Fahrenhorst weiterhin behauptet haben, er hätte sich für einen galizischen Juden eingesetzt, um diesem eine Wohnung zu verschaffen.

Ueber diesen Punkt, den Rechtsanwalt Landsberg als Vertreter des Nebenklägers Braun als völlig unwahr bezeichnete, lehnte das Gericht einen Wahrheitsbeweis ab.

Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

„Wiking" will wieder fahren.

Strafbare Führertagung.

In einem Teil der heutigen Tagespresse wird eine „Erklärung der Bundesleitung des Wiking" veröffentlicht, die über eine am 6. und 7. November in Berlin abgehaltene Führertagung und die dabei festgelegten „Richtlinien" für die nunmehr wiederbeginnende Arbeit in Preußen berichtet. Dazu teilt der „Amtliche Preußische Pressedienst" mit:

„Der Bund Wiking ist durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 12. Mai 1926 auf Grund der Paragraphen 14, Absatz II, 19, Absatz II, in Verbindung mit dem § 7, Ziffer 4 und 5, des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten worden. Gegen dieses Verbot hat die Bundesleitung Beschwerde beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingelegt. Das Beschwerdeverfahren schwebt, da der preußische Minister des Innern gegen die Aufhebung des Verbotes auf Entscheidung durch den Staatsgerichtshof in voller Besetzung angetragen hat.

Wenn auch infolge einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes selbst in kleinerer Besetzung einem Verbot die Wirkung an sich genommen wird, so kommt dies im vorliegenden Falle nicht in Betracht, da der Bund Wiking außerdem durch den Minister des Innern auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. 1921 Seite 235) mit Zustimmung der Reichsregierung in Preußen aufgelöst ist. Diese Maßnahme ist der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen und rechtskräftig. Infolgedessen ist der Wiederzusammentritt des Bundes Wiking strafbar; gegen die Teilnehmer an einer Führertagung, wie gegen jede Betätigung des Bundes Wiking würde das Strafverfahren gemäß §§ 1, 4 des Gesetzes vom 22. März 1921 eingeleitet werden. Daß der Staatsgerichtshof, wie es in der „Erklärung" heißt, eine ausdrückliche Bestätigung der Aufhebung des Verbots gegeben hat, kann daher in dieser Form als zutreffend nicht angenommen werden."

Zur Frage der Fürstenvermögen.

Die Vorgänge vom Jahre 1918.

In der Versammlung der Groß-Berliner Parteifunktionäre hat Genosse Kurt Rosenfeld unter anderem erzählt, er habe im Jahre 1918 als Justizminister einen Antrag über die Enteignung der Fürsten eingebracht, der jedoch von Genossen Wolfgang Heine und den anderen Mehrheitssozialdemokraten, die damals in der preußischen Regierung saßen, abgelehnt worden sei. Darauf habe er wenigstens die Beschlagnahme des Fürsteneigentums herbeiführen wollen. Genosse Adolph Hoffmann bestätigte diese Darstellung durch einen Zwischenruf.

Dazu schreibt uns Genosse Wolfgang Heine, daß diese Darstellung völlig falsch sei. Weder ihm noch den in Frage kommenden Behörden sei von einem Enteignungsantrag Rosenfelds etwas bekannt. Eine Erörterung darüber habe nie zwischen Rosenfeld und ihm stattgefunden. Rosenfeld habe lediglich den Antrag gestellt, das Eigentum der Hohenzollern „vorsorglich zu beschlagnahmen", was am 13. November 1918 beschlossen worden sei. Damals aber sei er (Wolfgang Heine) überhaupt noch nicht Mitglied der preußischen Regierung gewesen. Er habe vielmehr zum ersten Male am 30. November einer Kabinettssitzung beigewohnt, in der das Kabinett lediglich einen Antrag der beiden Finanzminister Südekum und Simon zustimmte, die Beschlagnahme auch auf das Privatvermögen auszudehnen, da die Grenzen zwischen Fideikommiß- und Privateigentum unklar wären.

Sir Ronald Lindsay, der neue britische Botschafter, überreichte dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Die dabei von beiden Seiten gewechselten Ansprachen erwähnten Locarno und den Völkerbund.

Sizilien und Cilicien hat sogar Lloyd George in Versailles verwechselt. Wer könnte da dem „Vorwärts"-Setzerkobold zürnen, daß er im Leitartikel der Freitagfrühnummer das kleinasiatische Adalia in die Nähe der vulkanischen Dreieckinsel verschoben hat!

Kleiner Aufruhr.

Von Erich Gottgetreu.

Ein schöner Tag ging zu Ende, ein Spaziergang schloß ihn ab. Mit seinem Freund sprach er über dies und das. Jener meinte: „...Wie wäre das, wenn die Dinge lebten? Wenn die Betten, die Hüte, die Schreibmaschinen, die Eßbestecke, die Kleiderhaken, wenn alle diese Sachen begriffen, was wir tun und was wir unterlassen, was wir reden und was wir verschweigen? Und wenn sie eine Ethik hätten — wie wir, sozusagen? Eine Ethik, die nicht so abgegriffen und zurechtgebogen ist wie durch den Verkehr von Mensch zu Mensch, von Ego zu Ego die unsere? Eines Tages gäbe es wohl einen Aufstand gegen uns, einen Protest der wahren Sachlichkeit...."

Laut lachte da der, welcher geschwiegen hatte, auf. Das verdarb dem anderen die Freude am Weiterreden. Sie trennten sich. Silbermond leuchtete nach Hause.

*

Um 5 Uhr nachmittags war das große Café zwischen der großen Kirche und dem großen Kino rammelvoll. Teller klapperten, Löffel klirrten. Gläser klangen, Stimmen schwirrten. Ein Mann, elend, abgerissen, schob sich durch zwischen den Tischen, zwischen den mondänen Toiletten, zwischen den straffen Bügelfalten, zwischen den lauten Gesprächen. Monoton und nicht sehr eindringlich singsagte er an jedem Tisch nur: „Helfen Sie mir, ich sterbe gleich vor Hunger."

„Ha, glänzender Witz. Uebrigens wird die Massary nun doch noch zu Ende des Winters..."

„Helfen Sie mir, ich sterbe gleich vor Hunger."

„Mensch, stör'n Se uns doch nich: hier, ham Se was. Und da sage ick, paß auf, jetzt zählt er'n aus..."

„Helfen Sie mir, ich sterbe gleich vor Hunger."

„Von Thomas Mann soll auch wieder was herausgekommen sein, ich hab's noch nicht gelesen..."

Da fiel der Mann um und starb vor Hunger.

Sofort gab es einen gewaltigen Krach. Die Tische hatten wohl alles mit angehört. Die Tische hatten wohl alles verstanden. Die Tische hatten wohl im geheimen eine Verabredung getroffen. Denn die Tische schnellten in gleicher Sekunde blitzschnell hoch, um tausend wieder nach unten zu schlagen. Donner, Dunkelheit, schrille Schreie: das Volk im Café war unter die marmornen Tische geschmettert.

*

Er wachte auf, heiß, in Angst. Und hauchte leise: „Unter die höhere Ethik geschmettert..." Und zog sich an.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe spricht am 10., Prof. Dr. Hermann Schmitz vom Schloßmuseum Berlin über „Formenbildung im Kunsthandwerk der Vergangenheit und Gegenwart" mit Lichtbildern. Der Vortrag findet im Hörsaale des alten Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, statt. Beginn 8 Uhr abends. Eintritt frei.

Ausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft

In den bekannten Räumen des zweiten Schloßhofes hat die Deutsche Kunstgemeinschaft ihre Weihnachtsschau eröffnet. Man kann sie mit gutem Gewissen die gelungenste und die einladendste Veranstaltung nennen, die Staatssekretär Schulz seit dem Bestehen seines Geisteskindes eröffnet hat; erfreulich ist die Feststellung, daß das künstlerische Niveau sich fortgesetzt hebt und die Erfolge zunehmen. Dieser Ausstellung möchte man einen besonderen Erfolg wünschen, denn sie verdient es. Nicht nur ist Parität der Richtungen erreicht und ein gar nicht kleiner Einschlag der Modernsten zu verzeichnen (Schlemmer, Segal, Nerlinger), sondern auch von guter älterer Malerei und den lediglich erfreulichen Darstellungen ist eine solche Fülle besten Materials eingeschickt worden, daß die Verlockung zum Kauf ungewöhnliche Dimensionen annimmt. Und das ist ja auch der Zweck dieser Veranstaltungen.

Dazu trägt in gleichem Maße wie die Gefälligkeit der Bilder der durchgängig sehr niedrige Preis der verkäuflichen Werke bei (noch sind nicht alle mit Preisangabe versehen). Um einen richtigen Begriff von den Gelegenheiten zu geben, die sich hier bieten, genügt es, eine Anzahl der Bilder mit ihren Preisen zu benennen. Die betreffenden Summen können in 12 bis 24 Monatsraten abgetragen werden.

Sehr reizvolle, große und sauber ausgeführte Aquarelle kann man für 75 bis 85 M. haben (Bastanier, Ina Breusing, Reuter-Rabe); Radierungen von Zille für 20 M. Es haben sich überhaupt diesmal viele angesehene Künstler zu einer starken Reduzierung ihrer Ansprüche herbeigelassen. Von Curt Herrmann ist ein sehr anmutiges Landschäftchen für 250 M., ein herrliches Blumenstilleben von Charlotte Berend für 600, ein schönes Stück von Bato für 420, figurenbelebte Landschaften Degeners für 400 und 600 M. zu haben. W. Krain geht sogar bis 180 M. hinunter. Die obere Grenze bezeichnet wohl die hübsche Alpenlandschaft Wolf Röhrichts für 720 M.

Gute Landschaften sind in nichts teurer als Stilleben: Feuerabend, Bartning, Glaser je 600; Deierling 300, Heuser 800, Holstein und Hinzpeter dagegen 150, Keudell 360, Kreuzberg 480, Zimmermann (Positano) 350, Eugenie Fuchs und Lucke 220 M.

Stilleben: Battke 240, Hamm 360, Bärenfänger 420, Michaelson 240, Hesterberg und Wieland-Schmidt 600 M.

Es sind gute Figurenbilder da, aber nur wenige ausgezeichnet.

Dr. P. F. Schmidt.

Weitere Proteste gegen das Schmutz- und Schundgesetz. A. Einstein schreibt: „Menschen, die sich zu solcher Zensurtätigkeit bereitfinden, haben selten feine Fingerspitzen. Außerdem ist ein solches Gesetz ein Brutkasten für Prüderie, Heuchelei und unwürdige Bevormundung von Schriftsteller und Publikum." — Walter von Molo: „Kein Verantwortungsvoller wird sich dagegen wehren, wenn man die Jugend vor Schmutz- und Schundschriften schützen will. Jeder Verantwortliche muß sich aber dagegen wehren, daß dies in einer Art geschieht, die es erlaubt, die Kunst zu knebeln und zu vernichten. Diese Möglichkeit gibt der ungeheuerlich kurzsichtig abgefaßte Entwurf des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften. Daher stehe ich gegen diesen Entwurf im Interesse unserer Kultur. Wird der Entwurf zum Gesetz, so bedeutet dies eine Blamage vor dem In- und Auslande, dauernde Beunruhigung, bis sich dieses „Gesetz" in der Praxis als unsinnig erwiesen haben wird." — Wilhelm Schmidtbonn: „Kunst ist genau so wichtig wie Jugend! Ja, in Deutschland hat eher die Kunst Schutz nötig als die Jugend, die sich immer selbst hilft."

Der Fritz-Ebert-Roman, aus dem wir schon in unserer Unterhaltungsbeilage eine Probe brachten, erscheint in den nächsten Tagen im Friesen-Verlag, Bremen. Emil Felden, der dem ersten deutschen Reichspräsidenten persönlich nahe stand, stellt unter Benutzung umfangreichen, bisher nicht zugänglichen Materials sein Lebenswerk dar. Das Werk steht außerhalb irgendwelcher tendenziösen Absichten und schildert Ebert als Menschen, der inmitten politischer Wirren immer nur das Beste wollte. Ganz objektiv geschrieben, ist es mehr als die Biographie des verstorbenen Reichspräsidenten und zeigt uns Ausschnitte aus den sozialen Verhältnissen der Zeit, die gerade für die Katastrophen des Jahres 1918 Einblicke in bisher kaum bekannte Vorgänge gewähren. Der Roman des deutschen Reichspräsidenten Ebert ist das Buch der Entwicklungsgeschichte Deutschlands in der Neuzeit. Es wird bei Freunden wie Gegnern des heutigen Deutschland lebhaftester Anteilnahme begegnen.

Statistik der russischen Emigranten. Eine in Prag erscheinende russische Zeitschrift hat die amtlichen Daten über die Statistik der russischen Emigranten gesammelt. Danach sollen zurzeit in Deutschland und Frankreich je etwa 400 000 Emigranten leben. Als nächstes Land erscheint in der Statistik auffallenderweise China mit 76 000. In England und Skandinavien scheint nach dieser Statistik eine russische Emigration nicht in bemerkenswertem Umfange zu bestehen.

Rattenplage im Londoner Zoo. Die Verwaltung des Londoner Zoo hat beschlossen, eine große Rattenvertilgungskampagne durchzuführen. Das Ueberhandnehmen der Ratten ist bereits für den Tierbestand des Gartens gefährlich geworden: manchmal fänden sich morgens fünf oder sechs Paradiesvögel vor, die von Ratten totgebissen waren, Schildkröten wurden ihre Füße abgebissen, und die Elefanten wurden durch die Angriffe der Nager in äußerste Erregung versetzt.

Der Hilfsverein für notleidende Frauen und Kinder politischer Gefangener bringt am 14., nachm. 3 Uhr, im Theater in der Klosterstraße das Lustspiel „Bombast und Schwung" durch die Schauspieler-Notgemeinschaft zur Aufführung. Der Reinertrag dient unverkürzt den karitativen Zwecken des Hilfsvereins.

Laban-Matinée im Neuen Theater am Zoo. Am 14., 11½ Uhr, veranstaltet Rudolph von Laban eine Aufführung des Tanzdramas „Don Juan" mit der Musik von Gluck.

Das diesjährige Kostümfest der Novembergruppe findet am 4. Dezember in sämtlichen Räumen der Philharmonie als „Das Fest der Silbernen Sphinx, eine Völkerbundrevue im Chaos der Unendlichkeit" statt. Näheres durch die Geschäftsstelle Achenbachstraße 21.

Untersuchung oder Vertuschung?

Ausdehnung des Prozesses Gädicke.

BS. **Landsberg**, 9. November.

Zu Beginn der heutigen Sitzung gab der Vorsitzende Erklärungen über die weitere Führung des Prozesses, der nach Ansicht des Vorsitzenden das Gericht noch längere Zeit beschäftigen wird. Ein Teil der Zeugen wurde deshalb auch für heute entlassen.

Dann verkündete das Gericht bezüglich des Antrages des Rechtsanwalts Dr. Löwenthals, Oberstaatsanwalt Rohrlack als Zeugen zu vernehmen, daß das Gericht das als wahr unterstelle, was der Oberstaatsanwalt bekunden solle.

Im Anschluß hieran stellte R.-A. Dr. Löwenthal einen weiteren Beweisantrag und bat um

Ladung des Reichswehrministers Geßler, des Reichsinnenministers Dr. Külz, des früheren Ministers Severing,

des Oberregierungsrates Mühleisen, Reichskommissars Kuenzer, Regimentskommandeurs Oberst v. Bock, des Regierungsdirektors Dr. Weiß, des Generalobersten v. Seeckt und des Staatssekretärs Meißner. Diese Zeugen sollen darüber gehört werden, ob Schulz über Wesen und Aufgabe der Arbeitskommandos die Wahrheit gesagt habe. Die Denkschrift Geßlers spreche gegen die Behauptungen des Schulz, und in einem Zeitungsartikel der letzten Tage habe Minister Dr. Geßler noch betont, daß die Schwarze Reichswehr nur in der Idee, nicht in der Tat bestanden habe. Die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Schulz müsse durch diese Zeugen geprüft werden.

Ferner soll ein Fahrradhändler Müller aus Seddin bekunden, daß Schulz ihm gesagt habe: **„Verrat muß mit dem Tode bestraft werden,** auch soll zu demselben Thema ein Kaufmann Mertens aus Dernburg gehört werden. Oberleutnant v. Senden, Oberleutnant Schöler, Hauptmann Gutkpcht, Oberleutnant Voß, Oberleutnant v. Grolmann und Major Buchrucker sollen zu dem Thema vernommen werden, daß Klapproth und Büsching die „Mordkommission" bildeten, daß Schulz und sein Anhang planmäßig Aufträge zur Beseitigung von Menschen gegeben habe. Oberleutnant Voß soll bestätigen, daß die Femejustiz offiziell durch Schulz eingeführt worden sei.

Schließlich sollen die zum Tode verurteilten Angeklagten Stein und Aschenkamp aus dem Pannierprozeß als Zeugen darüber gehört werden, daß sie als Arbeiter des Arbeitskomamndos **auf den Degen eines Offiziers vereidigt** worden seien. Des weiteren sollen aus dem ersten Landsberger Prozeß Thom und Rathsmann, der Fähnrich Buchholz und Oberleutnant Körtke geladen worden, die bekunden sollen, daß Schulz den Janke degradiert habe, daß Klapproth die rechte Hand des Schulz gewesen sei und daß Klapproth gesagt habe, sein Weg gehe über Leichen.

R.-A. Dr. Falkenfeld wünschte, daß die Rolle des Oberleutnants Schulz im Küstriner Putsch erörtert werde. Unteroffizier Giese (Frankfurt) werde bekunden, daß die Arbeitskommandos Waffen überhaupt nicht sammelten, sondern für den Umsturz der Verfassung vorbereitet wurden. Im Anschluß daran verlas der Anwalt das Kampflied der Schwarzen Reichswehr.

Rechtsanwalt Dr. **Falkenfeld** bat ferner um Ladung des Rechtsanwalts Dr. Landau (Frankfurt) zum Beweise dafür, daß zur Zeit des Buchrucker-Putsches Femelisten aufgestellt worden seien, die Oberleutnant Schulz befohlen habe.

Landgerichtsdirektor **Wehling** unterbrach die Darlegungen Dr. Falkenfelds mit der Erklärung, daß diese Dinge mit dem Schadenersatzanspruch Gädickes nichts zu tun haben. Es handle sich um ein förmliches Ermittlungsverfahren und man müsse fast glauben, daß die Voruntersuchung in den Landsberger Prozessen völlig versagt habe.

R.-A. Dr. **Sack** begrüßte die Anträge des Nebenklägers, da so dem Angeklagten Schulz Gelegenheit gegeben werde, die Gerüchte zu zerstreuen, die die politische Atmosphäre seit Jahren vergiftet. Die Vertreter des Nebenklägers fühlten sich offenbar als Hilfsorgane des Staatsanwalts. Das Gericht müsse, wenn man den Anträgen folgen wolle, die Verhandlung aufgeben und die Voruntersuchung neu eröffnen. Es ginge nicht an, daß das Gericht sich mit jedem Latrinengerücht befassen müsse. Er seinerseits bitte, den früheren Reichskanzler Cuno und den Reichspräsidenten von Hindenburg über die Beziehungen der Schwarzen zur legalen Reichswehr zu hören.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß es das Bestreben des Gerichts gewesen sei, bei jeder Sache festzustellen, ob Anstiftung vorliege. Aus allgemeinen Andeutungen könne man jedoch nicht entnehmen, daß zu einem todeswürdigen Verbrechen angestiftet worden sei. Der Antrag Rechtsanwalt Dr. Löwenthals werde

als nicht geeignet abgewiesen.

Trotzdem aber sollen der Fahrradhändler Müller und der Kaufmann Mertens geladen werden, ferner die Ehefrau des Nebenklägers Gädicke. Die anderen Zeugen seien unbeträchtlich. Auch die Anträge des Rechtsanwalts Dr. Falkenfeld wurden abgelehnt, da es sehr mißlich sei, einen Unteroffizier über dieselben Dinge zu hören, über die Minister sich bereits geäußert hätten. Des weiteren beschloß das Gericht, den Amtsvorsteher aus dem Heimatdorf Gädickes zu laden.

Hierauf wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. — **Der Vater Klapproths,** der Landwirt Klapproth, **verweigerte seine Aussage, ebenso die Mutter des Angeschuldigten.**

Sodann wurde Oberleutnant a. D. Eberhard v. Senden gehört. **Vors.:** Sind Sie mit dem Angeklagten in Verkehr gewesen? Kennen Sie Büsching? Kennen Sie die Beziehungen Büschings und Klapproths zu Schulz? **Zeuge:** Schulz kenne ich und habe dienstlich mit ihm zu tun gehabt. Er war beim Wehrkreiskommando III mein Vorgesetzter. **Vors.:** Herr Schulz war nur Angestellter, nicht Offizier im Wehrkreis, Sie doch auch? **Zeuge:** Ich bedauere, darüber nichts sagen zu können. Als preußischer Offizier würde ich mich des Landesverrats schuldig machen. Ich war im Pannier-Prozeß angeklagt, wo diese Dinge erörtert wurden. Allen Prozeßbeteiligten ist Schweigegebot auferlegt worden. **Vors.:** Was wissen Sie von dem Verhältnis Klapproths zu Schulz? **Zeuge:** Klapproth war Mitbegründer der ganzen Angelegenheit und, soweit ich gehört habe, war er viel mit Schulz zusammen. Besondere Tatsachen, daß das Verhältnis der beiden so war, wie die Anklage es annimmt, habe ich nicht beobachtet.

Klapproth hatte stets Zugang zu Schulz,

was aus seinem Ordonnanzverhältnis und der alten Bekanntschaft resultierte. **Vors.:** Haben Sie sich nicht bei Major Buchrucker darüber beschwert, daß die Offiziere erst hinter Klapproth kamen? **Zeuge:** Ich habe bemängelt, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Schulz und seinen Offizieren zu wünschen übrig lasse. — **Vors.:** Hatten Sie einen gewissen Verdacht?

Zeuge: Heute verwirrt sich nach drei Jahren die Erinnerung, und Latrinenparolen kann ich nicht wiedergeben.

Vors.: Haben Sie einen Befehl von Schulz gesehen, daß Menschen verschwinden sollten? **Zeuge:** Niemals. **R.-A. Dr Löwenthal:** Haben Sie . . . **Zeuge:** Herr Vorsitzender, wer ist der Herr? Ich bitte um Rechtsbelehrung, ob ich dem Herrn Antwort geben muß. Ihnen, Herr Vorsitzender, werde ich jede Antwort geben, denn die Herren Vertreter des Nebenklägers gehen weit über die Rechte hinaus, die ihnen zustehen. **Vors.:** Herr Zeuge, Sie sind verpflichtet, auszusagen. **R.-A. Dr. Löwenthal:** Wie weit, Herr Zeuge, ging Ihre Strafgewalt, und welcher Art war die Strafgewalt. **Zeuge:** Ich weiß nicht, ob ich antworten muß. **Justizrat Hahn:** Ich beanstande diese Frage, da er in Elsgrund, nicht in Küstrin war.

Die Verhandlung geht weiter.

Schmetterlings- und Insektenbörse.

Alljährlich an einem Tage im November kommen die heimischen Schmetterlingssammler und -freunde zu einer Kauf- und Tauschbörse zusammen. Selbstgefangene Schmetterlinge, Käfer und was sonst ins Gebiet der Insektenlehre schlägt, importiertes Auslandsmaterial wird hier für in- und ausländische Liebhaber zur Schau gestellt. Da gibt es wahre Prachtexemplare des blauschillernden Morphos, des langgeschwänzten Kapilios — genannt der Ritter unter den Faltern —, Celias, Calogos, des riesengroßen Sphitgiden und wie sie sonst noch alle heißen mögen. Die ausländischen Tiere leben teils in den tropischen Wäldern, andere wieder, z. B. die Pieriden, sind Hochgebirgsfalter aus den österreichischen Alpengegenden und fernen östlichen Gebirgsgruppen. Unendlich mühsam und gefahrvoll gestaltet sich dieser Tierfang, der die Forschungsreisenden bis Spanien, Marokko, Persien und dem Kaukasus führt. Auf Stelzen durch Sümpfe watend, bewaffnet mit langen Bambusstangen, an deren oberstem Ende das Netz befestigt ist, umkreisen sie Palmen, Sykomoren und andere Urwaldbäume nach einem schönen, seltenen Exemplar. Unter den größten körperlichen Entbehrungen — oft tagelang ohne Nahrung — im Freien oder in Höhlen nächtigend, denn Geld fürs Hotel wirft eine solche Exkursion nicht ab. Aber ein schönes Tier, oder gar eine Neuentdeckung lassen sie alle Mühsal und Strapazen im Nu wieder vergessen. Stille, anspruchslose Menschen sind es, Schwärmernaturen, die in den Alltag — und gar in den heutigen —, nicht recht hineinpassen. Sie basteln und träumen, sie leben in der Natur mit der Natur und haben ihre kleinen, zarten Freuden, die sie all das Laute, Rohe, Häßliche vergessen machen. Die Gemeinde der Entomologen setzt sich aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen zusammen. Der Arbeiter zeigt seine neue Errungenschaft dem Gelehrten, der kleine Beamte tauscht seine Züchtung mit der des Pädagogen aus, es gibt keine Standesunterschiede, nur eine gemeinsame Liebe zu diesen kleinen Insekten. Deutschland steht an der Spitze der Schmetterlingsfreunde, nicht bloß in der Gestalt des vielverlachten und bewitzelten, langhaarigen Schulmeisters mit der Botanisiertrommel, sondern vor allem durch die in manchen Kreisen erhalten gebliebene Naturschwärmerei des Deutschen und der Liebe zu den Tieren. Aber unsere heutige Zeit läßt den Raum für solche Liebhabereien immer begrenzter werden. Es fehlt vor allem am Gelde, es können keine seltenen Tiere, deren Preis oft bis zu 50 Mk. beträgt, angeschafft werden und so erlahmt allmählich das Interesse.

Die diesmalige Börse hatte traurigerweise so gut wie gar keine Käufer zu verzeichnen und auch der Besuch im allgemeinen war recht schwach. Der Verein müßte Gelegenheit haben, seine nächste Ausstellung im Rahmen oder in Gemeinschaft mit anderen naturwissenschaftlichen Produkten abzuhalten.

Zur Verhaftung des Stadtobersekretärs Eckert.

In der am Montag stattgefundenen Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg gab Bürgermeister Dr. Herz vor Eintritt in die Tagesordnung zu den an demselben Tage erschienenen Pressenotizen über eine neue Verhaftung in der bekannten Unterschlagungssache Schulz folgende Erklärung:

Die umfangreichen Steuerunterschlagungen, die der jetzt flüchtige Stadtinspektor Schulz in den Jahren 1924/25 in Gemeinschaft mit einem Steuerbeamten des Bezirksamts Mitte begangen hat, haben der Verwaltung Veranlassung zu einer Nachprüfung der in Betracht kommenden Steuerfälle gegeben. Da die Steuerakten vielfach nicht auffindbar waren, sind wir mit den Steuerpflichtigen in Verbindung getreten und haben versucht, auf Grund ihrer Angaben und der bei ihnen noch vorhandenen Belege den Hergang der Steuerveranlagung und Steuereinziehung in jedem Einzelfall zu rekonstruieren. Diese Arbeit war außerordentlich zeitraubend und ist erst jetzt beendet. Bei Nachprüfung eines derartigen Steuerfalles, über den Akten nicht mehr vorhanden sind, hat sich der dringende Verdacht ergeben, daß an den Unterschlagungen des Schulz der Stadtobersekretär Eckert als Teilnehmer beteiligt gewesen ist. Dieser Verdacht hatte bereits früher zu einem polizeilichen Ermittlungsverfahren geführt, hat sich aber jetzt derart verdichtet, daß das Bezirksamt sich am Freitag der vergangenen Woche zur Anzeige bei der Kriminalpolizei entschloß. Gegen Eckert ist richterlicher Haftbefehl erlassen. Eckert hat in mehreren Fällen die von Schulz unrechtmäßigerweise ausgestellten Steuerquittungen als zweiter Beamter mitunterzeichnet. In dem Fall, der jetzt zu seiner Verhaftung führte, hat er auch den Steuerbetrag in Höhe von 4875 Mark in Empfang genommen, ohne daß der gezahlte Betrag an die Steuerkasse gelangt ist. Eine Buchung dieses Betrages hat E. unterlassen, hat aber gleichwohl in dem für den Steuerschuldner bestimmten Veranlagungsbescheide eine fingierte Sollnummer vermerkt. Die weitere Aufklärung der Vorgänge und ihre endgültige strafrechtliche Beurteilung muß der gerichtlichen Untersuchung überlassen bleiben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen weise ich mit Nachdruck darauf hin, daß der Steuerfall, der den Anlaß zum Strafverfahren gebildet hat, im Jahre 1924 liegt und demselben Tatsachenbereich angehört, der bereits Gegenstand der Untersuchung gegen den flüchtigen Stadtinspektor Schulz bildet. Es liegt also keine neue Steuerunterschlagung vor, sondern es ist auf Grund eingehender nachträglicher Prüfung die strafrechtliche Verantwortung für die bereits bekannten Unterschlagungen auf einen weiteren Beamten ausgedehnt worden.

Wie die BS.-Korrespondenz erfährt, hat der im Zusammenhang mit den Unterschlagungen bei den Bezirksämtern Kreuzberg und Mitte verhaftete Stadtobersekretär (nicht Stadtinspektor) Eckert durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Staege, Beschwerde erhoben. Ueber die Vorgeschichte, die zu der Verhaftung geführt hat, werden von dem Verteidiger Einzelheiten mitgeteilt, in denen behauptet wird, daß irgendeine Teilnahme Eckerts an den Unterschlagungen nicht festgestellt worden sei, Eckert beteure seine volle Unschuld.

Ein Großschwindler gesucht.

Wegen Fälschung und Vertriebs von Aktien-Interimsscheinen wird ein 40 Jahre alter aus Kassel gebürtiger Generaldirektor und Bankier Erich Schulze aus der Nymphenburger Str. 4 von der Kriminalpolizei gesucht. Schulze, der hier schon vom Jahre 1911 her bekannt ist, wurde in München wegen Aktienfälschung verhaftet und zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt. Er wurde aber für haftunfähig erklärt und vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Er setzte sich nun sofort mit der „Middeleurope Security Company G. m. b. H." in der Behrenstr. 58 in Verbindung. Hier wurde er „Generalbevollmächtigter". Mit diesem Unternehmen scheint auch nicht alles in Ordnung zu sein. So zeigte die G. m. b. H. ein Reichsbankgirokonto an, das sie nie besessen hat. Schulze stellte nun hier rote Interimsscheine auf Aktien der Vereinigten Stahlwerke her, die auf 10 000 M. das Stück lauten. 10 Stück dieser Fälschungen wurden von der Kriminalpolizei in dem Bureau in der Behrenstraße gefunden. Es ist aber festgestellt, daß Schulze 200 Stück hat anfertigen lassen. Die übrigen sind wahrscheinlich schon alle vertrieben worden. Möglich ist aber auch, daß der Fälscher einen Teil noch irgendwo anders untergebracht hat. Die Erwerber glauben natürlich, durch den Ankauf ein Anrecht auf Aktien zu bekommen. Die Interimsscheine sind jedoch ganz wertlos. Bisher hat sich ein Geschädigter gemeldet, der 15 Stück, also für 150 000 M., gekauft hatte. Als Schulze festgenommen werden sollte, war er bereits aus seiner Wohnung verschwunden. Wo sich seine Frau aufhält, ist nicht bekannt. Mit einem 27 Jahre alten Generaldirektor Karl Farago hatte er auch eine „Auto-Liga" gegründet und für sie Kassierer und andere Angestellte mit Geschäftseinlagen gesucht und gefunden. Diese Leute wurden nach kurzer Zeit wieder entlassen und waren ihr Geld los. Sie erhielten nichts zurück, weil sie keine Kaution gestellt, sondern Einlagen gemacht hätten. Farago wurde festgenommen. Bei einer anderen Gründung fiel Schulze selbst hinein. Mit mehreren Engländern zusammen machte er eine „Anglo-Continental-Inpestement Trust-Company ltd." auf, die große Prospekte in Stärke von ungefähr 30 Seiten drucken ließ und in die Welt hinaussandte. Hiernach sollte es sich um eine große Trustbildung handeln. Die Engländer, die sich jenseits des Kanals hielten, knöpften Schulze 6000 M. ab, und damit war die Sache erledigt. Die Besitzer von „Interimsscheinen auf Aktien der Vereinigten Stahlwerke" werden gut tun, sich bei den Emissionsbanken zu erkundigen, ob sie richtige oder gefälschte Scheine haben und sich in diesem Falle an Kriminalkommissar Seifert, Dienststelle F. 7 im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstr. 30a, zu wenden.

Erholung für die Schuljugend.

„Volksschullandheime und die Möglichkeiten ihrer Errichtung" war das Thema, über das in einer Veranstaltung der Vereinigung der Berliner Gemeinschaftsschulen zwei Vertreter der Bremer Versuchsschulen sprachen. Von der Sehnsucht des Großstädters, einige Tage aus der Stadt herauszukommen, führt ein klarer Weg zu dem Bestreben der Volksschulen, ihren Kindern, denen die wirtschaftliche Lage der Eltern fast nie einen solchen Erholungsaufenthalt auf dem Lande gestattet, diesen zu ermöglichen. Einige Gemeinschaftsschulen haben sich Landheime errichtet, in denen 1 bis 2 Klassen der Schule abwechselnd 2 bis 4 Wochen leben können. Der Wert eines solchen Aufenthalts ist ungeheuer. Nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht werden die Kinder gefördert. Eine neue Möglichkeit des Arbeitens führt zu neuen für Stadtkinder sonst schwer zugänglichen Zielen. Das Wetter, der Torfbauer, die Kiesgrube, der Tümpel wurden zu Ausgangspunkten lebensvoller Schularbeit, die der Vortragende an diesen Beispielen erläuterte.

Der wesentlichste Erfolg solchen Landaufenthalts, die Erziehung zur Gemeinschaft, die Kinder, Lehrer und Mütter erfaßt (einige Mütter begleiten die Klassen zur Ausführung von Wirtschaftsarbeit) macht die Landheime zu wesentlichen Faktoren jeder Schulerziehung. Wie solche Landheime entstehen? Eine alte Kaserne an der Nordsee, eine verlassene Schweinemastanstalt, auf einem Ausflug zufällig entdeckt, werden unter aufopferungsvoller Mitarbeit der Eltern in wenig Zeit zu anheimelnden Erholungsstätten. Am interessantesten der Aufbau eines Landheimes aus einer alten abgebrochenen Militärbaracke. Sonntag für Sonntag arbeiten 50 bis 60 Eltern an der Errichtung dieses Werkes. Ungeheure Schwierigkeiten sind zu überwinden. Nichts hemmt Opferfreudigkeit und Ausdauer. Und das erreichte Ziel lohnt alle Mühe. Mit Stolz können Eltern und Lehrer ein Werk betrachten, das durch gemeinsame Arbeit entstanden, unzähligen Kindern Erholung und Freude bringt, das darüber hinaus das Band zwischen Schule und Elternschaft fester knüpft zur gemeinsamen Arbeit im Dienst der Erziehung.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun spricht heute (Dienstag) abend um 7,15 Uhr im Rundfunk über die historische Bedeutung des 9. November.

Das Opfer eines verbotenen Eingriffs ist eine 29 Jahre alte geschiedene Frau Marie K. in der Bodestraße zu Neukölln geworden. Am Montag nachmittag kam ihre achtjährige Tochter zu Nachbarn und klagte, daß die Mutter krank liege. Die Leute holten einen Arzt, der die Frau in einer Blutlache im Bett schon im Sterben liegend fand. Sie verschied unter seinen Händen. Es wurde festgestellt, daß sie sich einem verbotenen Eingriff unterzogen hatte. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei des Polizeiamts Neukölln forscht nach, wer den Eingriff gemacht hat.

Landes-, Sieger-, Schutz- und Polizeihundprüfung. Anläßlich dieser Prüfungen, die der Deutsche Schäferhundverband, Landesgruppe Mark Brandenburg, veranstaltete, herrschte am Sonntag in Waidmannslust auf dem geräumigen Gelände des Restaurants Bergschloß ein munteres Leben, zumal auch noch wegen beruflicher Verhinderung der Führer die für den Sonnabend angesetzte Nasenarbeit auf den zweiten Prüfungstag verlegt war. An Nasenarbeit wurde für Polizeihunde verlangt ein Verlorenspüren auf 800 Meter langer fremder Spur, ¾ Stunde alt, und zweitens eine Verlorensuche, die aus dem Absuchen eines Geländeabschnitts nach drei Gegenständen bestand. Die Schutzhunde mußten auf 300 Meter langer fremder Spur, ½ Stunde alt, verloren spüren. Die Mannarbeit war wieder ein Beweis für den großen Mut des gut dressierten Hundes, der sich weder durch Wurf, Hieb noch Schuß irre machen läßt. Bei den Gehorsamsübungen wurden bedeutende Anforderungen an den Hund gestellt, so beim Futterverweigern und bei dem Ablegen in Gruppen. Bei dieser Programmnummer blieb nämlich der Führer für den Hund 10 Minuten unsichtbar, der ruhig liegen bleiben mußte und den weder die Nähe seiner Artgenossen noch die Sehnsucht nach Herrchen zum Aufstehen bewegen durften.

Die Ordner der Proletarischen Feierstunden treffen sich am Sonntag, den 14. November, früh 9 Uhr im Großen Schauspielhaus zur Revolutionsfeier der SAJ.

Schwerer Eisenbahnunfall in Schlesien.

Ein Beamter getötet, vier verletzt.

Breslau, 9. November. (WTB.) Die Pressestelle der Eisenbahndirektion teilt mit:

Am 8. d. M., um 7,20 Uhr abends, stieß zwischen den Stationen Neudorf-Giersdorf und Gnadenfrei (Strecke Koberwitz—Gnadenfrei) eine zum Vorlegen des in der Steigung liegengebliebenen Güterzuges 8797 von Bahnhof Gnadenfrei abgesandte Lokomotive mit diesem Zuge zusammen. Ein Schaffner wurde getötet, ein Rangierbeamter und vier Zugbeamte wurden verwundet. Die Verwundeten sind sogleich von dem sofort herbeigeeilten Bahnarzt verbunden und mittels Auto nach Bahnhof Gnadenfrei gebracht worden. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt und außerdem fünf Wagen teilweise zertrümmert. Nach den bisherigen Feststellungen sind die betrieblichen Vorschriften nicht ausreichend beachtet worden. Die Aufräumungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden, so daß die Frühzüge heute wieder verkehren.

Feuer in den Delmenhorster Mühlenwerken.

Bremen, 9. November. In den Delmenhorster Mühlenwerken brach gestern abend kurz vor 6 Uhr in der kleinen Weizenmühle plötzlich Feuer aus, das die oberen Räume der Mühle vollständig zerstörte. Um 7 Uhr brannte auch der 38 Meter hohe Silo, von dem bald darauf das Dach in die Luft flog.

Noch zwei Opfer von Dergenthin.

Das schwere Eisenbahnunglück bei Dergenthin in der Nähe Wittenbergs, über das wir in unserer Sonnabend-Abendausgabe ausführlich berichteten, und bei dem ein Güterzug in eine Arbeiterrotte hineinfuhr, hat nun noch zwei weitere Todesopfer gefordert. Die Arbeiter Prestin aus Dergenthin und Gustav Fenski aus Schilde, die mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus in Wittenberge eingeliefert wurden, sind im Laufe der Sonnabendnacht bzw. Sonntag früh gestorben. Ueber die Ursachen des Unglücks, das jetzt insgesamt sechs Todesopfer gefordert hat, sind die Ermittlungen noch immer nicht endgültig abgeschlossen. Eine Gerichtskommission hatte die ersten Untersuchungen vorgenommen mit dem Ergebnis, daß jetzt die Staatsanwaltschaft von Neuruppin in das Ermittlungsverfahren eingegriffen hat.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

47. Abt. Die Bezirksführer laden zu der Abteilungsversammlung am Mittwoch, den 10. November, abends 7½ Uhr, bei Nowack, Manteuffelstr. 9, bestimmt ein. **Nowawes.** Funktionärsitzung Mittwoch, den 10. November, abends 8 Uhr, bei Hiemitz.

Heute Dienstag, den 9. November:

Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg. Wir beteiligen uns an der Revolutionsfeier im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstr., abends 7½ Uhr. — **Gruppe Schöneberg.** Wir beteiligen uns an der Revolutionsfeier des 11. Kreises in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 123, abends 7½ Uhr. — **Gruppe Süden.** Der Gruppenabend fällt heute aus und findet dafür am Dienstag, den 16. November, abends 7½ Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3 statt.

Unternehmer und Betriebsrätegesetz.

Wie die „Avuag" die Betriebsratswahl – verzögerte.

Es wäre eine dankbare Aufgabe, einmal an Hand von praktischen Beispielen, die sozusagen gerichtsnoterisch sind, festzustellen, welche Anstrengungen die Unternehmer machen, **um die Rechte der Arbeiter und Angestellten aus dem Betriebsrätegesetz unwirksam zu machen.** Sei es, daß sie die Wahl einer Betriebsvertretung verschleppen und verhindern oder aber die zur Betriebsvertretung gewählten Arbeiter entweder durch unausgesetzte Schikanen bis zur Entlassung aus irgendeinem vorgeschobenen Grunde mürbe machen oder die Betriebsvertretung in „freundschaftlicher" und entgegenkommender Weise von ihren eigentlichen Aufgaben ablenken. Die ersterwähnte, primitivste Methode zeigt folgendes Beispiel aus der Avuag.

Die Automobil-Verkehrs-Unternehmen-A.-G. (Avuag) besteht seit 1923. Sie hat von Anfang an mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt, gegenwärtig sind es etwa 800. Die Firma war also schon im Jahre 1923 verpflichtet, einen Wahlvorstand zum Zweck der Wahl einer Betriebsvertretung einzusetzen. Diese Verpflichtung hat die Firma nicht erfüllt, die Avuag hat deshalb keinen Betriebsrat. Die Geschäftsleitung behauptet,

ihre Arbeitnehmer wollten keinen Betriebsrat

haben, sie habe also nicht nötig, einen Wahlvorstand zu ernennen. Nun haben einige dem Verkehrsbund angehörende Chauffeure der Avuag am 19. Juni d. J. eine Betriebsversammlung einberufen. Diese sandte eine Abordnung an den Direktor mit dem Ersuchen, er möge doch endlich seiner gesetzlichen Pflicht nachkommen, und einen Wahlvorstand bestellen. Der Direktor erklärte sich bereit, dies Verlangen zu erfüllen, jedenfalls wolle er sich die Sache überlegen. Nachdem der Direktor mehrere Wochen „überlegt" hatte, ohne seine Zusage zu erfüllen, wurde am 6. Juli eine zweite Betriebsversammlung abgehalten. Diese stellte nun selbst einen Wahlvorstand sowie eine Vorschlagsliste zum Betriebsrat auf. Aber auch dieses Vorgehen hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Am Tage nach der Versammlung wurden zwei Chauffeure, die sich in der Versammlung für die Wahl des Betriebsrates eingesetzt hatten, und von denen der eine auf der Vorschlagsliste stand, entlassen. Den Umständen nach mußten die Entlassenen annehmen, daß sie wegen ihres Eintretens für die Wahl gemaßregelt seien und daß hierdurch die Belegschaft von der Vornahme der Wahl abgeschreckt werden sollte. Diese Annahme stützte sich auch darauf, daß im Betriebe allgemein erzählt wurde, der Direktor habe sich öfter dahin geäußert, **er lasse sich von den Arbeitnehmern nicht dreinreden, Betriebsrat und Gewerkschaft gebe es für ihn nicht.** — Nach der Entlassung der beiden Chauffeure war von der Wahl eines Betriebsrats nicht mehr die Rede.

Die Entlassenen erhoben durch einen Vertreter des Verkehrsbundes Klage beim Gewerbegericht. Die Klage hätte sich mit Aussicht auf Erfolg auf § 84 des Betriebsrätegesetzes stützen können. Aber die Voraussetzung einer solchen Klage ist bekanntlich, daß die Betriebsvertretung den Einspruch der Entlassenen gebilligt hat. Doch diese Voraussetzung konnte nicht erfüllt werden, da ja eine Betriebsvertretung in der Avuag nicht vorhanden ist.

Es mußte also ein anderer Rechtsgrund für die Klage herangezogen werden. Deshalb beantragten die Kläger, festzustellen, daß ihre Kündigung nichtig ist, also ihr Arbeitsverhältnis fortbesteht. Begründet wurde die Klage so: § 95 BRG. untersagt den Arbeitgebern, ihre Arbeitnehmer in der Ausübung des Wahlrechts zur Betriebsvertretung zu beschränken, oder sie deswegen zu benachteiligen. Gegen dies gesetzliche Verbot hat die Beklagte durch die Kündigung der Kläger verstoßen, also ist die Kündigung nach § 134 BGB nichtig.

Diesen Erfolg versprechenden Vorstoß des Vertreters der Kläger suchte die Beklagte dadurch zu parieren, daß sie behauptete, die Kläger seien **nicht wegen ihres Eintretens für die Wahl entlassen,** sondern weil sie in der Betriebsversammlung Drohungen ausgestoßen hätten gegen Vertreter des Arbeitgebers. Zum Beweise für diese Behauptung berief sich die Firma auf zwei Zeugen, die, wie der Geschäftsführer der Avuag vor Gericht sagte, als seine Vertrauensleute in der Versammlung waren. Diese Zeugen, die Chauffeure Hoffmann und Eyländer, sagten denn auch aus, daß Drohungen ausgesprochen worden sind, ihrer Meinung nach von den Klägern, und daß diese Mitteilung dem Geschäftsführer schon vor der Entlassung der Kläger zugegangen ist.

Hiernach kam das Gericht zu der Auffassung, daß die Behauptung der Beklagten, die Kläger seien wegen der Drohungen entlassen, nicht widerlegt, und andererseits der Beweis, daß die Kläger wegen ihres Eintretens für die Wahl entlassen seien, nicht gelungen sei. Aus diesem Grunde wurde die Klage abgewiesen.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, wenn den Klägern der Beweis gelungen wäre, daß sie wegen ihres Eintretens für die Wahl gekündigt wurden, dann läge ein Verstoß der Beklagten gegen § 95 BRG. vor und die Kündigung hätte aus § 134 BRG als nichtig erklärt werden müssen. Obgleich Kündigungsausschluß besteht, würde die Entlassung so lange als nichtig angesehen werden, als das Gericht die Ueberzeugung erlangt, **daß der wahre Grund der Entlassung das Eintreten für die Wahl ist.**

*

Die letzten Ausführungen der Urteilsbegründung decken sich mit einem Urteil des Landgerichts I, auf das sich der Vertreter des Verkehrsbundes gegenüber dem Standpunkt des Vertreters der Beklagten berief. Dieser meinte nämlich, wenn die am 8. Juli erfolgte Entlassung der Kläger jetzt vom Gericht als nichtig erklärt würde, dann hätten sie, da Kündigungsausschluß bestand, am 9. Juli wieder entlassen werden können, sie würden also nur für einen Tag Lohn zu beanspruchen haben.

Der Vertreter des Verkehrsbundes betonte dagegen, wenn diese Ansicht der Beklagten vom Gericht anerkannt würde, dann hätten die im BRG. vorgesehenen Schutzbestimmungen keinen praktischen Wert, denn sie könnten ja vom Arbeitgeber **durch fortgesetzte Maßregelungen jederzeit ausgeschaltet werden.**

Das Gericht ist dieser Auffassung beigetreten und hat den betriebsratsfeindlichen Maßregeln auf Unternehmerseite einen Riegel vorgeschoben — Wenn auch die Kläger im vorliegenden Falle den stets sehr schwierigen Nachweis einer Maßregelung wegen der Betriebsratswahl nicht erbringen konnten, so hat doch der Prozeß immerhin einen praktischen Erfolg gehabt: Der Vertreter der Avuag sagte im letzten Termin, jetzt sei ein Wahlvorstand eingesetzt.

Also, die Avuag wird jetzt endlich einen Betriebsrat bekommen. An Arbeit wird es ihm nicht fehlen, denn es sind manche Mißstände im Betriebe zu beseitigen.

Urabstimmung in der AEG.-Turbine.

Nachdem die Akkordarbeiter der AEG.-Turbine am Freitag voriger Woche beschlossen hatten, in den Streik zu treten, wenn die Direktion versuchen sollte, die angekündigte fünfprozentige Kürzung der Akkordpreise etwa durch Diktat zu verfügen, ist die Direktion mit ihrer Forderung einer Lohnkürzung von ursprünglich 10 Proz. und dann 5 Proz., **nunmehr auf 3 Proz. zurückgegangen.**

Die Funktionäre, die sich heute mittag mit diesem Vorschlag beschäftigen, werden wahrscheinlich beschließen, die gesamten Akkordarbeiter in einer neuen Urabstimmung darüber entscheiden zu lassen.

Forderungen der Berliner Eisenbahner.

Achtstundentag und Lohnerhöhung.

In der Versammlung der Bahnunterhaltungsarbeiter (20. BM. Westend) am 6. November, die sehr stark besucht war, wurde einstimmig beschlossen, den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands zu beauftragen, möglichst schnell mit der Reichsbahnhauptverwaltung Verhandlungen einzuleiten zur Einführung des Achtstundentages und eine Erhöhung der niedrigen Löhne resp. Erhöhung der gekürzten Ortslohnzulagen. Die Versammlung verspricht dem Hauptvorstand zur Durchführung der Forderungen die größtmögliche Unterstützung.

Unternehmer und Gewerkschaften.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften ist so alt, wie die Gewerkschaften selbst sind. Alle Vorkriegsmethoden der Vergewaltigung durch die Polizei und andere staatliche Organe, der Unterdrückung der Gewerkschaften durch die Gerichte, sind fehlgeschlagen. In der Nachkriegszeit versuchten die Arbeitgeber durch den Abbau der Sozialpolitik die Gewerkschaften zu schwächen und zu unterdrücken. Auch diese Versuche sind nicht geglückt und werden es nicht. Jetzt rüsten sie sich zu neuem Kampfe. Unter der Maske freundschaftlichen Entgegenkommens, planmäßiger und exakter Berufsausbildung, Fürsorge für die Kranken und Alten, für Frauen und Kinder versuchen sie ein großartig psychologisch unterbautes Erziehungssystem durchzubilden, von dem die gesamte deutsche Arbeiterschaft in allen Betrieben erfaßt werden soll. Ueber diese neuesten psychologischen Methoden der Unternehmer im Kampf gegen die Gewerkschaften, veranstaltet die Berliner Gewerkschaftsschule einen Lehrgang mit folgendem Thema: „Arbeits- und Arbeiterpolitik der Unternehmer als angewandte Psychologie." Der Kursus umfaßt vier Abende und beginnt am Donnerstag, den 18. November, abends 7 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17. Anmeldungen müssen vorher schriftlich oder mündlich an das Bureau der Gewerkschaftsschule gerichtet werden. Die Lehrberatungssprechstunden, in denen die Anmeldungen vorgenommen werden können, finden regelmäßig Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr statt. Hörerbeitrag 1,50 M.

Morgen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten.

London, 9. November. (EP.) Gestern abend fand eine neue Unterredung zwischen dem Regierungskomitee für die Kohlenfragen und den Delegierten der Grubenarbeiter statt, die von 9 bis 11,45 Uhr dauerte. Es wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, wonach die Arbeiterdelegierten erklärt haben, die Verhandlungen seien jetzt an einem Punkt angekommen, wo es notwendig sei, die Konferenz der Grubenarbeiterdelegierten zu befragen. Diese Konferenz werde für morgen, Mittwoch, nachmittag, in London einberufen.

Sieben- oder Achtstundenschicht?

London, 9. November. (EP.) Die gestern in der Downingstreet geführten Besprechungen über die Beilegung des Kohlenstreiks dauerten bis gegen Mitternacht, ohne daß ein greifbares Ergebnis erzielt wurde. Wie verlautet, kämpfen die Vertreter der Bergarbeiter hartnäckig um die in die Bezirksabkommen aufzunehmenden Bestimmungen über die Löhne, andererseits verhielten sich die Grubenbesitzer völlig ablehnend hinsichtlich der Einsetzung eines nationalen Schlichtungsausschusses. Den Hauptstreitpunkt aber bildete die Frage der Arbeitszeit. Hier zeigte es sich, daß die Arbeitervertreter immer noch an ihrem Kampfruf festhalten: „Keine Minute länger!" Sie lehnten jede Verlängerung der Arbeitszeit über sieben Stunden hinaus rundweg ab, dagegen bestanden die Arbeitgeber, unterstützt von der Regierung, ebenso hartnäckig auf dem Achtstundentag und erklärten, daß eine kürzere Arbeitszeit eine entsprechende Herabsetzung der Löhne bedinge.

Wie verlautet, suchte der beratende Ausschuß des Generalrates der Trade Unions die Bergarbeiter zu einer Konzession auf der Grundlage zu bewegen, daß in die allgemeinen Grundsätze eine Bestimung eingefügt werde, der zufolge die Arbeitszeit in keinem Grubenbezirk mehr als 7½ Stunden betragen dürfe. Vergrößert werden diese Schwierigkeiten durch das Bestreben der Grubenbesitzer, ein direktes Verhandeln mit den Bergarbeitern wenigstens mit Cook und Smith zu umgehen. Unter diesen Verhältnissen wurde die Sitzung abgebrochen.

Noch kein englisch-russischer Ausschuß.

Moskau, 9. November. (WTB.) Schwarz und Akuloff, die Vertreter des Zentralkomitees des Bergarbeiterverbandes der Sowjetunion, erhielten unmittelbar vor ihrer Abreise nach Berlin vom englischen Bergarbeiterverband die Mitteilung, daß seine Vertreter angesichts des entscheidenden Augenblicks des Kampfes zu dem bestimmten Termin nicht abreisen können. Er schlägt daher den Aufschub der Beratung über die Schaffung des englisch-russischen Bergarbeiterkomitees vor. Infolgedessen haben die Vertreter der Sowjetbergarbeiter ihre Reise aufgeschoben.

Sport.

Wambst—Lacquehay!

Die Helden der fünften Nacht. — Miethe und Behrendt geben auf.

Am Montag abend hat Berlin im Sechstagerennen Stunden erlebt, die in der Geschichte der Berliner 145-Stunden-Fahrten wohl einzig dastehen. Kampf auf Kampf! Jagd auf Jagd! Mit der Ueberrundung der Koch-Miethe ging die Sache los. Später verdrängen Junge-Marcillac und Wambst-Lacquehay das dritte Spitzenpaar Tietz-Behrendt. Die beiden erstgenannten Mannschaften bilden allein die Spitze. Doch nicht genug damit: Die Franzosen ruhen nicht eher, als bis sie allein die Spitze haben. Marcillac-Junge liegen eine, Behrendt-Tietz zwei, Aerts-van Hevel drei, Koch-Miethe vier, Knappe-Rieger und Huschke-Tonani je fünf Runden, Horder-Horan acht, Gottfried-Rebe zehn und Fricke-Verschueren zwölf Runden zurück. Einige Strafrunden für verschiedene Fahrer sind mit einbegriffen. Nach Mitternacht gehen die Jagden weiter. Fahrer werden überrundet, stürzen ... Nur die Franzosen behaupten sich mit Bravour. Knappe-Rieger, Koch-Miethe, Horan-Horder, Tietz-Behrendt, Junge-Marcillac haben je eine und Fricke-Verschueren und Rebe-Gottfried je zwei Runden verloren.

Die Zwei-Uhr-Nachtwertung

bringt folgende Ergebnisse: 1. Spurt: Gottfried, 2. Junge, 3. Huschke, 4. Horder. 2. Spurt: 1. Tietz, 2. Marcillac, 3. Rebe, 4. Horan. 3. Spurt: 1. Knappe, 2. Junge, 3. Huschke, 4. Behrendt. 4. Spurt: 1. Rebe, 2. Tonani, 3. Lacquehay, 4. Tietz. 5. Spurt: 1. Horder, 2. Junge, 3. Gottfried, 4. Aerts. 6. Spurt: 1. van Hevel, 2. Marcillac, 3. Verschueren, 4. Rebe. 7. Spurt: 1. Aerts, 2. Gottfried, 3. Behrendt, 4. Horder. 8. Spurt: 1. Marcillac, 2. van Hevel, 3. Tietz, 4. Rieger. 9. Spurt: 1. Aerts, 2. Behrendt, 3. Knappe, 4. Huschke. 10. Spurt: 1. Tonani, 2. Tietz, 3. Rieger, 4. van Hevel. — Miethe ist hierbei nicht mehr zu finden. Erschöpft und abgekämpft hat er die Bahn verlassen. Koch fährt als Ersatzmann, bis er in der vierten Morgenstunde Tietz, dessen Partner Behrendt das Rennen ebenfalls aufgeben muß, zum Kampfgenossen erhält. Sie nehmen den Kampf mit vier Verlustrunden und 112 Punkten auf. Bei einer abermaligen Jagd verlieren die Amerikaner und Rebe-Gottfried je eine Runde. Amerika erhält noch eine Strafrunde. Fricke-Verschueren verlieren zwei Runden und können später neben Rebe-Gottfried eine wieder aufholen. Erst die um 6 Uhr eintretende Neutralisation läßt Ruhe über die Fahrer kommen. Der Stand des Rennens:

1. Wambst-Lacquehay 64 Punkte. Zwei Runden zurück: 2. Marcillac-Junge 139 Punkte. Vier Runden zurück: 3 Koch-Tietz 112 Punkte, 4. Aerts-van Hevel 85 Punkte. Sechs Runden zurück: 5. Huschke-Tonani 163 Punkte. Acht Runden zurück: 6. Knappe-Rieger 237 Punkte. Elf Runden zurück: 7. Gottfried-Rebe 235 Punkte, 8. Horan-Horder 104 Pkt. Fünfzehn Runden zurück: 9. Fricke-Verschueren 80 Punkte.

Gegen 10 Uhr früh nimmt die Rennleitung das um fünfzehn Runden an aussichtsloser Stelle liegende Paar Fricke-Verschueren aus dem Rennen, so daß jetzt nur noch acht Mannschaften im Rennen sind.

Die Franzosen in Front! Möge der letzten Nacht ebenso ein Erfolg beschieden sein wie der fünften. Und das „17. Berliner" wird Klassestellung im deutschen Radsport einnehmen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ehlern; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Beste Qualität ist billigster Einkauf
Aus eigener Rösterei stets frischgerösteter Kaffee:
Pfund 2,80 3,20 3,80 4,20 4,60 Rm.
von feinem Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit.
Echt Chin. u. Indischer Tee Pfund 4,80 6,00 8,00 8,50 Rm
Schokolade, Kakao, Keks, Konfitüren, Backobst
Neue Hülsenfrüchte, Eier-Nudeln, ff. Auszugmehl
Feinkostwaren, feine Liköre und Spirituosen
Gut gepflegte gelagerte Weiß-, Rot- und Süßweine.
Echte Braunschw., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.
Butter- und Käse-Handlung
Rudolf Fink, Berlin NW 21 Turmstr. 6
vis-à-vis Kriminalgericht.
Alt-Moabit 83 und Uhlandstraße 166.
Gemüse-Konserven und Früchte.

Möbel
Teilzahlung bis 18 Monate
ohne besondere Aufschläge oder Zinsenberechnung. Wir unterhalten ein jedem Geschmack Rechnung tragendes Lager in handwerksmäßig hergestellten
Speisezimmern | Küchen
Herrenzimmern | Klubgarnituren
Schlafzimmern | Einzelmöbeln jed. Art
Möbel-Spezialhaus
Waldstraße 76-79, I. Etage.
Untergrundbahn: Station Inselbrücke, Straßenb. Stat. Spittelmkt. Stadtbahn: Bahnh. Jannowitzbr.

ELYSIUM-LICHTSPIELE
Prenzlauer Allee 56 — Ecke Danziger Straße
Eröffnung: Donnerstag, 11. November, 8½ Uhr
Der Student von Prag
Ein Film von Hanns Heinz Ewers
Hauptrollen: Gräfin Agnes Esterhazy, Elizza la Porta, Conrad Veidt, Werner Krauss
Hanns Heinz Ewers spricht zum Film / Gräfin Esterhazy persönlich im Theater anwesend
DIE GROSSE BÜHNENSCHAU
3 Revuebilder mit Gesang und Tanz
„Parole Charleston"
Regie und künstl. Leitung: Dr. Vermel
Kostüme Zamara, Paris
10 Girls • 2 Solotänzerinnen • 2 Solotänzer
Tenor • Sopran
Grix-Gregory-Truppe
Ikarische Meisterspiele
„Eine Viertelstunde im Kinderzimmer"
Große Konzertorgel — Vorverkauf ab Mittwoch 12 Uhr mittags — Großes Orchester

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4132

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge. Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Faltenröcke. Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Uhlandstraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thaerstraße 40